

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Opec-Minister suchen Ausweg aus der Krise

Genf (spk/dpa) Am ersten Tag der ausserordentlichen Ministerkonferenz der 13 Mitgliedsstaaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) in Genf zeigten sich am Sonntag noch keine Anzeichen für eine Lösung der Krise, die angesichts des Preisverfalls das einst mächtige Kartell erschüttert. Als einziges Ergebnis der ersten Sitzung, die am frühen Nachmittag zu Ende ging, wurde bekannt, dass der venezolanische Erdölminister Arturo Hernandez Grisanti in seinem Amt als Opec-Präsident bestätigt wurde. Vertreter von Golfstaaten hatten Grisanti vor dem Treffen als den «unfähigsten Präsidenten» bezeichnet, den die Opec je gehabt habe.

Innerhalb des Kartells bestanden zu Beginn der Konferenz Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten, der Krise Herr zu werden. Während Algerien, Iran und Libyen sich für eine drastische Drosselung der Produktion einsetzen, um die Preise dadurch zu stabilisieren, wollen Saudi-Arabien, Kuwait und die Arabischen Emirate ihre bisherigen Förderquoten beibehalten. Der saudische Ölminister Scheich Ahmed Saki Jamani begründete dies damit, dass der Preis durch eine Einschränkung der Förderung vielleicht bis auf 30 Dollar gesteigert werden könnte, anschliessend aber auf bis zu zehn Dollar pro Barrel fallen würde.

Vom dem Preisverfall sind vor allem die Länder betroffen, für die der Ölexport die wichtigste oder einzige Einnahmequelle darstellt. Dazu gehören innerhalb der Opec Nigeria und Algerien. Auch die kriegführenden Länder Iran und der Irak sind auf die Einnahmen aus ihrem Erdöl weitgehend abhängig. Von den Nichtmitgliedsländern gehört neben Ägypten vor allem das hochverschuldete Mexiko zu den Leidtragenden.

UNO-Beitritt der Schweiz in weite Ferne gerückt

Bundesrat sieht Grundlagen der Aussenpolitik trotz wuchtigem Nein nicht in Frage gestellt

Bern (AP) Mit einem überaus wuchtigen Nein des Stimmvolks und verwerflichen Mehrheiten in allen 26 Kantonen ist ein UNO-Beitritt der Schweiz in weite Ferne gerückt. Darüber waren sich Gegner und Befürworter einer UNO-Vollmitgliedschaft der Schweiz am Sonntagabend nach dem Vorliegen der Resultate der eidgenössischen Volksabstimmung einig. Der Bundesrat, der eine der schwersten Niederlagen bei Volksabstimmungen seit der Gründung des Bundesstaats erlitten hatte, bedauerte das Scheitern der UNO-Vorlage, betonte aber zugleich, dass die Grundlagen der Schweizer Aussenpolitik mit dem Entscheid gegen die UNO nicht in Frage gestellt seien. Die Exponenten des gegnerischen Komitees regten in ersten Reaktionen vermehrte aussenpolitische Zurückhaltung der Schweiz an.

Bei einer vergleichsweise hohen Stimmbeteiligung von 50,4 Prozent schickten die Stimmberechtigten die UNO-Vorlage mit 1 591 428 (75,5 Prozent) Nein gegen 511 548 (24,3 Prozent) Ja bachab, wie die Bundeskanzlei bekanntgab. Aus den Resultaten der einzelnen Kantone lassen sich abgesehen von einer tendenziell etwas weniger starken Verwerfung in der Westschweiz kaum regionale oder demographische Besonderheiten herauslesen.

Am deutlichsten war das Nein zum UNO-Beitritt in den Halbkantonen Appenzell Innerrhoden und Nidwalden, wo 89,3 beziehungsweise 85,0 Prozent der Stimmenden ein Nein in die Urne legten. Nein-Mehrheiten von über 80 Prozent resultierten auch in den Kantonen Schwyz (84,4), Glarus (84,0), Obwalden (84,0), Wallis (83,1), Appenzell Ausserrhodens (82,7), Thurgau (82,3), Aargau (81,8), Uri (81,7), St.Gallen (80,8) und Luzern (80,3). Vergleichsweise am knappsten, aber immer noch deutlich, war das Nein im Jura mit 59,8 Prozent. Der Kanton Genf, dessen Resultat wegen des zweiten UNO-Sitzes in Genf von besonderem Interesse war, schickte die Vorlage mit 69,8 Prozent Nein bachab.

Ungewisse Folgen des Neins

Der Bundesrat will weiterhin alles in seiner Macht stehende unternehmen, um die Interessen der Schweiz in der Welt zu vertreten. Richtlinien der Aussenpolitik werden dabei laut der offiziellen Erklärung der Landesregierung weiterhin die dauernde und bewaffnete Neutralität, die Solidarität, die Universalität und die Disponibilität der Schweiz bleiben. Mit dem Entscheid, der UNO nicht beizutreten, verzichte die Schweiz auf ein Instrument, das Bundesrat und Parlament für die

Führung der Aussenpolitik als wichtig erachteten. Nicht Mitglied der UNO zu sein, sei in der heutigen Welt mit Nachteilen verbunden, die man kaum vollständig werde ausgleichen können.

Bundesrat Pierre Aubert wies vor der Bundeshauspresse Rücktrittsspekulationen zurück und gab zu bedenken, dass das Nein auch eine Unterstützung der bisherigen Aussenpolitik des Bundes bedeute. Auf Prognosen über die Reaktionen des Auslands und auf allfällige Konsequenzen für die Stellung der Schweiz in der internationalen Staatengemeinschaft wollte sich der Aussenminister nicht einlassen.

Das Volk habe mit der Ablehnung seinen unabdingbaren Willen zur integralen Neutralität und Souveränität der Schweiz zum Ausdruck gebracht, sagte alt Nationalrat Otto Fischer, Co-Präsident des Schweizerischen Aktionskomitees gegen den UNO-Beitritt, am Sonntagabend. Der Souverän habe sich nach seiner Ansicht «gegen die Staatsführung aufgebeamt, welche die Schweiz in die UNO bringen wollte». Der Bundesrat müsse nun auch seine Politik in der Frage des Beitritts zum Internationalen Währungsfonds überdenken.

Alt Bundesrat Rudolf Friedrich, Präsident des Schweizerischen Komitees für den UNO-Beitritt, sprach demgegenüber

von einem «Entscheid gegen die Wirklichkeit». Das Nein stehe im Widerspruch zur Tatsache der ausserordentlich engen Verbindung der Schweiz mit der übrigen Welt. Das Problem sei mit dem Plebiszit nicht vom Tisch: «Es wird später ganz zwangsläufig wieder zur Diskussion kommen», sagte Friedrich.

Stimmbeteiligung vergleichsweise hoch

Dass der Entscheid an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, zeigt auch ein Blick auf frühere Abstimmungsergebnisse. Um eine vergleichbare Niederlage für eine vom Bundesrat aus eigenem Antrieb beantragte Vorlage zu finden, muss man bis ins Jahr 1959 zurückblättern, als die Verfassungsänderung für die Einführung des Frauenstimmrechts mit 66,9 Prozent Nein verworfen worden war.

Die Stimmbeteiligung von 50,4 Prozent bedeutete, dass erstmals seit dem 26. Februar 1984 (Verkehrsabgaben, Zivildienstinitiative) wieder mehr als die Hälfte aller 4,2 Millionen Stimmberechtigten an die Urne gingen. Damals hatte die Beteiligung 52,8 Prozent betragen. Daneben hatte im Laufe der vergangenen zehn Jahre einzig die Fristenlösungsinitiative zusammen mit vier weiteren Abstimmungsgeschäften am 25. September 1977 mehr als 50 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne gelockt (51,7 Prozent).

Nicaragua-Hilfe: Reagan mobilisiert Öffentlichkeit

Washington (AP) Bei seinen Bemühungen um finanzielle Hilfe für die Antisandinisten in Nicaragua intensiviert der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Mobilisierung der Öffentlichkeit in den USA. Daher plante er für Sonntagabend eine Fernsehansprache, nachdem er bereits am Samstag über den Rundfunk für seinen Plan geworben hatte. Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez wandte sich dagegen entschieden gegen die Unterstützung der antisandinistischen Rebellen durch die Vereinigten Staaten.

Reagan möchte den Antisandinisten 100 Millionen Dollar an Hilfsmassnahmen zukommen lassen, und zwar 70 Millionen für militärische und 30 Millionen für humanitäre Zwecke. In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache am Samstagabend erklärte er, der Kongress müsse die Militärhilfe an die «Contras» wiederaufnehmen, da «Verhandlungen mit den nicaraguanischen Kommunisten immer wieder gescheitert sind». Agenten der sandinistischen Regierung, die in Uniformen der «Contras» gesteckt worden seien, hätten Bürger des Landes ermordet und verstümmelt. Deshalb ersuche er den Kongress, den Aufständischen nicht nur humanitäre, sondern auch militärische Hilfe zu gewähren, damit sie zurückschlagen könnten.

Buchs: Ja zum Berufsschulzentrum

Schulgemeinde spricht sich klar für Erweiterung aus

Die Buchser Schulgemeinde hat gestern grünes Licht für den Erweiterungsbau des Berufsschulzentrums, in dem auch viele liechtensteinische Lehrtöchter und Lehrlinge ihre Ausbildung erhalten, gegeben. Bei einer Stimmbeteiligung von 48 Prozent ergaben sich 2200 Ja gegenüber 600 Nein. Nach diesem Entscheid in der Gemeinde Buchs dürfte sich der Grosse Rat in St.Gallen in seiner Mai-Session ebenfalls für den Erweiterungsbau aussprechen, zumal er bereits im Februar zustimmend vom Projekt Kenntnis genommen hatte.

Das 30-Millionen-Projekt, dessen Wettbewerb die liechtensteinische Architektengemeinschaft Boss und Ospelt für sich entscheiden konnte, sieht die Erweiterung des heutigen Gebäudes der gewerblichen Berufsschule vor, so dass künftig sowohl die Absolventen der kaufmännischen und der gewerblichen Ausbildung unter einem Dach ausgebildet werden können. Geplant ist auch eine

Dreifachturnhalle, da in Zukunft das Fach Turnen für die Lehrlinge und Lehrtöchter obligatorisch ist.

An diesen Erweiterungsbau wird auch unser Land einen Baukostenbeitrag leisten. Nach dem Verteilungsschlüssel wird sich der liechtensteinische Beitrag bei einer Bausumme von knapp 32 Millionen auf 5,5 Millionen Franken belaufen. Derzeit beträgt der Anteil der liechtensteinischen Absolventen der gewerblichen Berufsschule 18 Prozent, während der Anteil bei den kaufmännischen Berufen rund 58 Prozent ausmacht.

Sofern sich der Grosse Rat in St.Gallen im Mai für den Bau und die entsprechenden Kredite ausspricht, soll mit den Bauarbeiten im kommenden Herbst begonnen werden. Die Fertigstellung ist auf Herbst 1989 vorgesehen. (G.M.)

Leipziger Messe eröffnet

Berlin (AP) Mit dem traditionellen Rundgang der DDR-Führung ist am Sonntag die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet worden. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker besuchte dabei auch den Stand des bundes-eigenen Salzgitter-Konzerns, wo er vom Vorstandsvorsitzenden Ernst Pieper begrüsst wurde, meldete die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Die Bundesrepublik ist mit über 700 Firmen der grösste westliche Aussteller auf der Messe, an der sich in diesem Jahr bis zum 22. März über 9.000 Aussteller aus fast 100 Ländern beteiligen. Schwerpunkt der Messe, die als einer der wichtigsten Ost-West-Handelsplätze gilt, bilden material- und arbeitsplatzsparende Ausrüstungen des Maschinenbaus.

Parallel mit der Industriemesse wurde am Sonntag die Leipziger Buchmesse eröffnet.



Heute Landesausschuss-Sitzung

Der FBP-Landesausschuss tritt heute Montag zum zweitenmal nach den Wahlen zusammen. Die Sitzung beginnt um 20 Uhr im Gemeindezentrum Triesen.

Auf der Tagesordnung steht eine Zusammenfassung der Gespräche und Analysen in den Ortsgruppen sowie das von der VU unterbreitete Koalitionsangebot. Ausserdem soll der nächste Parteitag fixiert werden.

Erste Hochrechnungen nach den Parlamentswahlen gestern Sonntag in Frankreich:

Opposition verfehlt die klare absolute Mehrheit

Paris (spk/dpa) Die bürgerlichen Oppositionsparteien in Frankreich haben bei den Parlamentswahlen am Sonntag offenbar ihr Wahlziel einer klaren absoluten Mehrheit verfehlt. Nach den ersten Hochrechnungen der zwei Fernsehstationen von gestern Abend werden die neogaullistische RPR und das liberal-konservative Parteienbündnis UDF in der Nationalversammlung 282 bis 289 von 577 Sitzen bekommen.

289 wären die absolute Mehrheit. Wegen der inneren Streitigkeiten in der Opposition gilt als zweifelhaft, ob dieses Ergebnis zur Bildung einer einzigen bürgerlichen Regierung ausreicht, zumal der sozialistische Präsident Francois Mitterrand bis 1988 im Amt bleiben will.

Front National: Zünglein an der Waage?

Die beiden bürgerlichen Parteien, die teilweise mit gemeinsamen Listen angetreten waren, erreichten nach den Hochrechnungen rund 42 Prozent der Stimmen. Die rechtsextreme Nationale Front, auf deren Unterstützung die bürgerlichen Parteien nicht angewiesen sein wollten,

erhielten neun bis 10,3 Prozent und 35 bis 37 Mandate.

Auf der Linken übersprang die sozialistische Regierungspartei PS die für sie wichtige 30-Prozent-Marke. Ihr und der linksliberalen MRG wurden nach den Hochrechnungen rund 31 Prozent und 210 bis 212 Mandate gegeben. Die Kommunisten, die von 1981 bis 1984 mit den Sozialisten regiert hatten, fielen weiter zurück und kamen auf rund zehn Prozent und 36 bis 37 Mandate.

Von der Stärke der Fraktionen von RPR und UDF im Parlament ist die Berufung des Premierministers durch Mitterrand abhängig. Angesichts des Wahlergebnisses gilt als denkbar, dass er entweder einen gemässigten bürgerlichen Premierminister oder einen «Technokraten» beruft oder sogar mit einem sozialistischen Minderheitskabinett regiert.

Mitterrand ruft zur Besonnenheit auf

Mitterrand rief die beiden politischen Lager am Sonntagabend in seinem Heimort Chateau-Chinon in Mittelfrankreich zur «Besonnenheit» auf. Er beton-

te, dies sei auch seine Einstellung. Mit einer rechten Parlamentsmehrheit würden die Dinge etwas «komplizierter». Er gab zu, dass die Sozialisten auch im Fall ihres «gewissen Erfolges» keine Aussichten auf eine Mehrheitskoalition hätten. Die Partei sei aber stärker als je zuvor. «Der Sozialismus in Frankreich ist eine Idee, die ihren Weg nach oben fortsetzt. Aber je höher man kommt, desto mehr gerät man ausser Atem.»

An der Wahl haben sich nach Schätzungen rund 77 Prozent der 37,5 Millionen Wahlberechtigten beteiligt. Etwas schwächer war die Beteiligung bei den gleichzeitig stattfindenden Regionalwahlen. Erstmals in der fast 30 Jahre bestehenden V. Republik wurde nach einem Verhältniswahlrecht gewählt. Das System bevorzugt aber die grossen Parteien, da die Wahllisten in den 100 Departements nach einem Höchstzahlverfahren mit Fünf-Prozent-Klausel ausgezählt werden. Nur drei Abgeordnete in Übersee werden noch nach dem bisherigen Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen gewählt.



Alpine Jugendski-Meisterschaften im Malbun: Sabine Wille und Konrad Schädler

Das Malbun war übers Wochenende bei prächtigen Verhältnissen Schauplatz der 24. Alpine Jugendski-Meisterschaften. Da auch SSV-Punkte vergeben wurden, befanden sich auch einige Läuferinnen und Läufer aus der Nachbarschaft am Start. Kombinationssieger und damit Liechtensteiner Jugendmeister wurden Sabine Wille aus Balzers (links) und Konrad Schädler (rechts) aus Triesenberg. Die Titel im Riesenslalom holten Elke Schreiber (Schaan) und Konrad Schädler, der auch im Slalom dominierte. Bei den Mädchen war im Slalom Petra Senn aus Grabs die schnellste. Die Gruppenwertung gewann bei den Mädchen der SC Balzers und bei den Buben der SC Triesenberg.